

Zusammenfassung

Nach einer raschen Erholung im Anschluss an die Rezession der Jahre 2008-2009 verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr 2011, und Deutschland sieht einer konjunkturellen Schwächephase mit erheblichen Abwärtsrisiken für die Wirtschaftstätigkeit entgegen. In der Binnenwirtschaft war nach dem vorangegangenen Aufschwung aus konjunktureller Sicht eine Rückkehr zu niedrigeren Wachstumsraten zu erwarten gewesen, da das Wachstumspotenzial nach wie vor schwach ist. Dieser Abschwung wird nun durch den erheblichen Rückgang des Welthandelswachstums sowie einen Vertrauensschwund infolge der Schuldenkrise im Euroraum verstärkt.

In der gegenwärtigen Situation stehen die politischen Entscheidungsträger vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Während der konjunkturellen Schwächephase ist es äußerst wichtig, dass das Wirken der automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang zugelassen wird, wie die Haushaltsregel dies gestattet. In struktureller Hinsicht hat Deutschland große Fortschritte erzielt, insbesondere im Arbeitsmarktbereich, was sich während der jüngsten Rezession ganz klar bezahlt gemacht hat. Dennoch muss noch mehr getan werden, um das Wachstumspotenzial zu stärken, nicht zuletzt angesichts der rasch voranschreitenden Bevölkerungsalterung. Die strukturpolitischen Maßnahmen sollten auf folgende Ziele ausgerichtet sein:

- **Die Binnennachfrage stärken**

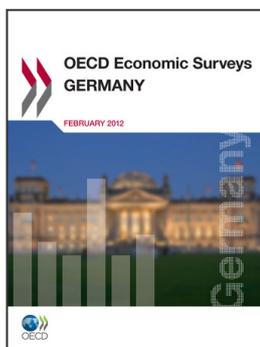
Reformen zur Förderung der Binnennachfrage sollten auf eine wettbewerbsfreundliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Investitions- und Innovationstätigkeit in der deutschen Binnenwirtschaft abzielen. Dies beinhaltet eine Lockerung der strengen Regulierung einiger Dienstleistungsbranchen und insbesondere der freien Berufe sowie eine Verbesserung der Innovationsförderung, beispielsweise durch die Einführung einer Steuergutschrift für FuE als Ergänzung zur direkten FuE-Förderung. Abgesehen davon, dass solche Reformen die Produktivität und das Wachstumspotenzial erhöhen würden, könnten sie auch einen Beitrag zur Senkung des strukturell hohen Leistungsbilanzüberschusses und damit zur Verringerung der globalen Ungleichgewichte leisten, und zwar in solcher Weise, dass sowohl Deutschland als auch andere Länder davon profitieren würden.

- **Das Arbeitsvolumen erhöhen**

Die Arbeitsmarktreformen der jüngeren Vergangenheit haben dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigung während der letzten Rezession sehr widerstandsfähig zeigte, da diese Reformen die Arbeitszeitflexibilität erhöht und die strukturelle Arbeitslosigkeit verringert haben. Nun muss sich das Augenmerk darauf richten, das Arbeitsvolumen zu steigern und Fachkräftengpässe zu verhindern. Dazu gehört es insbesondere, die Vollzeitwerbsbeteiligung von Frauen durch eine Verringerung der fiskalischen Fehlanreize für Zweitverdiener und einen weiteren Ausbau des Kinderbetreuungsangebots zu erhöhen. Zudem sollte die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte gefördert werden, wozu es gilt, die negativen Arbeitsanreize weiter zu senken und die Beschäftigungsfähigkeit zu stärken, u.a. durch fortgesetzte Reformen des Aus- und Weiterbildungssystems mit dem Ziel einer Erhöhung der Teilnahme an lebenslangem Lernen. Wichtig ist es auch, dass die Arbeitsmigration stärker am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet wird, wozu es nötig ist, die Hindernisse für die Zuwanderung von Hochqualifizierten zu verringern, z.B. durch die Einführung eines Punktesystems.

- **Neue Wachstumsquellen im Klimaschutz erschließen**

Umweltpolitische Maßnahmen gewinnen für das Wachstum zunehmend an Bedeutung, nicht zuletzt auf Grund der jüngst von der Bundesregierung getroffenen Entscheidung, den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen, sowie der ehrgeizigen nationalen Ziele für die Emissionsminderung und für erneuerbare Energiequellen. In diesem Kontext ist es äußerst wichtig, dass Emissionsminderungsmaßnahmen kosteneffizient umgesetzt werden, z.B. durch die Stärkung des Preissignals für CO₂-Emissionen, und dass die Höhe der Einspeisevergütungen genau überwacht wird. Zu den Prioritäten sollten ferner der Wettbewerb in der Energiewirtschaft sowie die Förderung geeigneter Rahmenbedingungen für Umweltinnovationen gehören.



From:
OECD Economic Surveys: Germany 2012

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2012-en

Please cite this chapter as:

OECD (2012), "Zusammenfassung", in *OECD Economic Surveys: Germany 2012*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2012-2-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.